Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6397**

14. Wahlperiode 22. 06. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/5467 –

Hilfe durch den Bund für die von Reduzierung und Schließung betroffenen Bundeswehrstandorte ist unverzichtbar

A. Problem

Unterstützung der vom „Ressortkonzept Stationierung“ der Bundesregierung durch die Schließung von Bundeswehrstandorten betroffenen Regionen und Gemeinden durch einen Katalog von Hilfsmaßnahmen und Sonderprogrammen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der F.D.P. und CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/5467 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2001

Der Verteidigungsausschuss

Helmut Wieczorek (Duisburg)	**Kurt Palis**	**Kurt J. Rossmanith**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Kurt Palis und Kurt J. Rossmanith

I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 14/5467 wurde in der 161. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. März 2001 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Stellungnahme der mit beratenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner 55. Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 60. Sitzung am 9. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme eines Mitglieds der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 75. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS die Ablehnung empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf der Drucksache 14/5467 in seiner 74. Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Vertreterin der PDS die Ablehnung empfohlen.

In der Begründung ihres Antrages wies die **Fraktion der F.D.P.** darauf hin, dass die Verbitterung über nicht eingehaltene Bestandsgarantien für Bundeswehrstandorte bei verschiedenen Gemeinden groß sei. Alle Kommunen erwarteten eine Unterstützung des Bundes bei der Bewältigung der mit Standortreduzierungen und Standortschließungen verbundenen Probleme.

Diese Unterstützung müsse in Form eines Sonderprogrammes geleistet werden, das sozialverträgliche Lösungen anstrebe und Maßnahmen zur Umschulung und Weiterbildung einschließe. Darüber hinaus müsse der Verkaufspreis von Grundstücken für finanzschwache Kommunen, die auf das Gelände für die kommunale Infrastrukturplanung angewiesen seien, niedrig gehalten werden. In finanzkräftigen Städten dagegen müsse eine „stille Enteignung“ der Bundeswehr durch Festschreibung von Bodenrichtwerten durch Planfeststellungsbeschlüsse verhindert werden.

Die **Koalitionsfraktionen** machten demgegenüber geltend, dass nicht der Bund, sondern die Länder für die regionale Strukturpolitik zuständig seien. Seiner durch den Beschluss über die Schließung von Bundeswehrstandorten begründeten Mitverantwortung habe der Bund bereits dadurch Rechnung getragen, dass er den Anteil der Länder an der Mehrwertsteuer erhöht habe. Diese Maßnahme greife immer noch. Im Übrigen habe die Bundesregierung durch die konsequente Anwendung eines Kriterienkataloges, der auch sozial- und strukturpolitische Gesichtspunkte berücksichtigt habe, den berechtigten Interessen der Länder und Gemeinden bereits Rechnung getragen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hielt dem entgegen, dass nach den Ausführungen des früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten und heutigen Bundeskanzlers Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag im Jahre 1992 die Erhöhung des Anteils der Länder an der Mehrwertsteuer schon damals nicht ausgereicht habe, um einen angemessenen Ausgleich für strukturelle Einbußen durch Standortschließungen zu finanzieren. Die Kommunen fühlten sich in diesem Punkt zu Recht vom Bund im Stich gelassen.

Die **Fraktion der PDS** verwies im Hinblick auf den Antrag der F.D.P. auf ihr eigenes Konzept zur Konversion.

Berlin, den 21. Juni 2001

Kurt Palis	**Kurt J. Rossmanith**
Berichterstatter	Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333